

Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Rastatt/Baden-Baden, Tübingen, Schwarzwald-Baar,
Emmendingen, Heidenheim, Ludwigsburg, Bodensee, Karlsruhe, Böblingen, Reutlingen,
Hohenlohe, Ostalb, Ulm, Rems-Murr,
den 22.08.2025

Der Einsatz von Palantir liegt in euren Händen

Liebe Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg,

Mit eurer Zustimmung zur Änderung des Polizeigesetzes entscheidet ihr, ob ein weiteres Bundesland in die Abhängigkeit von Palantir geraten wird. Dass ein Grün-geführtes Bundesland die Einführung aktuell überhaupt noch in Erwägung zieht, erschüttert uns. Macht uns wütend. Wir verstehen, dass auch ihr keine Sympathien für Palantir oder Peter Thiel hegt, aber euch aus strategischer Perspektive zur Zustimmung der Änderung des Polizeigesetzes gedrängt fühlt. Wir möchten euch deshalb mit diesem Papier aufzeigen, auf welche inhaltlichen und strategischen Gesichtspunkte es aus unserer Perspektive ankommt und wie wir die Debattenlage drehen sollten.

Die Grüne Jugend Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Rastatt/Baden-Baden, Tübingen, Schwarzwald-Baar, Emmendingen, Heidenheim, Ludwigsburg, Bodensee, Karlsruhe, Böblingen, Reutlingen, Hohenlohe, Ostalb, Ulm, Rems-Murr, sowie der Landesvorstand fordern deutlich:

Wehrt euch gegen diesen Erpressungsversuch der CDU und deren unkollegiales Verhalten als Koalitionspartner!

Rückt die Debattenlage wieder weg von gefühlter Sicherheit hin zur objektiven Betrachtung der Realität!

Öffnet nicht die Tore für dieses trojanische Pferd! Andernfalls führt ihr unsere Polizeibehörden in die Abhängigkeit des intransparenten und hochumstrittenen US-Unternehmens Palantir!



1. Ja, unsere Polizei braucht eine effiziente IT

Unserer Polizei muss es möglich sein, modernste Tools zur Bekämpfung von Kriminalität zu nutzen. Wir wollen selbstverständlich nicht, dass unsere Polizeibeamt:innen dazu gezwungen sind, ineffizient oder langsam zu arbeiten, und dadurch im Zweifelsfall Verbrechen nicht verhindern können. Eine maximal effektive Polizei müsste zu jeder Zeit wissen, wer mit wem, wann und wie ein Verbrechen auszuüben plant, um dieses unterbinden zu können. Sie bräuchte dafür alle verfügbaren Daten aller in Deutschland wohnhaften Personen, eine flächendeckende Videoüberwachung im städtischen wie ländlichen Raum und ein wirkungsvolles KI-System, um all diese Daten rechtzeitig zusammenzubringen, auszuwerten und mit dem Ergebnis Verbrechen präventiv zu stoppen. Selbstverständlich fordert die Polizeibehörde aus diesen Gründen eine stetige Optimierung ihrer Arbeitswerkzeuge.

Gleichzeitig können wir nicht zulassen, in einem totalen Überwachungsstaat zu enden, der unsere Freiheitsrechte mit Füßen treten würde und mit einer liberalen Demokratie nichts mehr zu tun hätte. Es ist darum notwendig, diese individuellen Freiheitsrechte stets gegen eine Ausweitung von Polizeibefugnissen abzuwiegen. Beim Einsatz der Software von Palantir kommt diese Abwägung zu einem klaren Ergebnis.

Die drängende Digitalisierung der Polizei wird bereits seit Jahrzehnten versäumt und lässt sich nicht so eben durch den Einsatz von 'Gotham' lösen. Diverse investigative Recherchen zeigen immer wieder auf, wie etwa illegale Inhalte im Netz nicht gelöscht werden, obwohl sie der Polizei gemeldet wurden, oder wie Straftaten im Netz gar nicht zur Anzeige kommen, weil die Polizei behauptet, sie könne nichts dagegen unternehmen (1). In anderen Fällen werden Täter nicht gefasst, weil sie die Befugnisgrenze der zuständigen Behörde um nur einen Kilometer überschreiten.

Die Polizei braucht jetzt keine erweiterte Überwachung und Datensammlung mittels Gotham, sie braucht zunächst einmal die Befähigung zur Zusammenarbeit über Zuständigkeitsbereiche hinweg!

2. Der Einsatz von Gotham macht uns abhängig und erpressbar von den USA

Solltet ihr der Änderung des Polizeigesetzes zustimmen, wird unsere Polizei Gotham tagtäglich einsetzen. Die Arbeit unserer Polizei würde dann zu stetig wachsenden Anteilen auf der funktionstragenden Lösung eines US-Unternehmens beruhen. Und das, obwohl



Deutschland seit vielen Jahren gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit von autoritären Staaten ankämpft und sich schrittweise von diesen zu lösen versucht. Die USA hat bereits Gesetze zur Hand, die es der dortigen Regierung ermöglichen, auf Daten heimischer Unternehmen Zugriff zu erlangen (2).

Gleichzeitig wird die Demokratie in den USA von Tag zu Tag weiter durch das Lager Donald Trumps angegriffen. Erst kürzlich hat sich außerdem die EU zu 15% Zöllen auf Exportgüter in die USA erpressen lassen.

Wie kann das ein guter Zeitpunkt sein, um unsere kritische Infrastruktur in die Hände eines problematischen US-Unternehmens zu legen? Was passiert etwa, wenn Donald Trump die Funktionsfähigkeit von Palantirs Software an weitere Zölle knüpft? Was, wenn die Mitarbeitenden von Palantir sensible Daten an die US-Regierung weitergeben?

3. Die Abschwächung von Gotham ist ungenügend

Ihr habt zwar als Landtagsfraktion einige Punkte ausgehandelt, um den Einsatz von Gotham zu beschränken. Diese sind jedoch nicht ausreichend.

A. Gotham soll nur in Rechenzentren der Polizei genutzt werden

Auch in diesem Fall bedürfte es trotzdem Mitarbeitende von Palantir, die die Software betreuen und warten. Unsere Polizei bliebe somit weiterhin von dem US-Unternehmen abhängig und wir würden uns weiterhin von den USA erpressbar machen. Da Palantir den Quellcode nicht offenlegen wird, werden wir nie gänzlich wissen, ob die Software zweifelsfrei in der beabsichtigten Funktionsweise oder aber fehlerhaft bis diskriminierend arbeitet. Außerdem können wir nicht wissen, ob Daten über Umwege, z.B. durch Mitarbeitende des Unternehmens, an Palantir gelangen können.

B. Der Einsatz wird parlamentarisch überwacht

Diese Kontrollmöglichkeit ist grundsätzlich gut zu haben, aber sie ist sicherlich nicht frei von Schlupflöchern. Dem parlamentarischen Kontrollgremium sollen nach aktuellem Plan die Berichte zur IT-Sicherheit der Software-Nutzung sowie die IT-Audits des Bundesamtes für Informationssicherheit vorgelegt werden. Diese Berichte würden jedoch lediglich aufzeigen, ob die Software von Sicherheitslücken betroffen ist, nicht aber, ob ihre Funktionalität selbst problematisch wäre. Wie die Software konkret eingesetzt würde und welche Daten wann, für welchen Zweck und von wem abgefragt würden, müsste weiterhin über parlamentarische Anfragen kontrolliert werden - ohne eine tatsächliche Überprüfung auf Richtigkeit und Vollständigkeit gewährleisten zu können. Schließlich ließen sich auch die Eingriffe der Palantir-Mitarbeitenden über das



Gremium nicht ausreichend kontrollieren. Mit Einführung von Palantir würden also sensible Daten der Bevölkerung in die Hand eines Unternehmens gegeben werden, in dessen Arbeit kein staatliches Organ vollständige Einsicht hätte.

C. Der Einsatz soll zeitlich begrenzt werden

Laut Vertrag des Innenministeriums soll der Einsatz von Gotham auf die Mindestlaufzeit von fünf Jahren beschränkt werden. Es besteht jedoch keine Garantie dafür, dass bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich eine Alternative gefunden und Gotham daraufhin abgeschaltet wird. Seit 2016 wird im Rahmen des bundesweiten Projekts 'Polizei2020' daran gearbeitet, eine einheitliche Infrastruktur für die Polizeibehörden zu schaffen. Dass daraus seit nun neun Jahren keine Ausschreibung für eine deutsche Lösung resultiert ist, die den Anforderungen von Datenschutz, IT-Sicherheit, Souveränität sowie länderspezifischen Fachverfahren gerecht werden könnte, ist bedauerlich. Und dass dafür nun Palantirs Gotham in einer Kurzschlussreaktion beschafft werden soll, um alle Daten der verschiedenen Fachverfahren über einen Kamm zu scheren, ist ein Armutszeugnis deutscher Digitalisierungsarbeit.

Wenn Gotham erst einmal in Verwendung stünde, würden nur noch geringe Anreize für die Entwicklung einer eigenen Software bestehen. Die Entwicklung von eigenen Systemen ist allerdings von zentraler Bedeutung, um langfristig nicht in weitere Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten und eine sichere, verlässliche Software in der Polizeiarbeit einsetzen zu können. Dies gilt ganz besonders für Software, die in unserer kritischen Infrastruktur angesiedelt ist, und für einen Bereich, in dem der Staat sensitive Daten der Bürger:innen überwacht. Gesellschaftliches Vertrauen in den Staat kann hier nur durch vollständige Transparenz und einen offen gelegten Quellcode gewährleistet werden, nicht aber durch die hochumstrittene Lösung eines privaten Unternehmens aus den USA.

Schließlich gilt es zu beachten: Selbst wenn nach fünf Jahren eine europäische oder deutsche Alternative entwickelt wäre, würde der darauffolgende Wechsel mit Kosten und großem Aufwand verbunden sein. Zahlreiche Polizeibeamt:innen müssten in diesem Fall auf eine neue Software umgeschult werden. Das wiederum nähme erhebliche Zeit in Anspruch. Es kann darum nur sinnvoller sein, direkt eine Software einzusetzen, die für eine langfristige Nutzung angedacht ist.

Nicht zuletzt bleibt vieles unvorhersehbar: Wir wissen etwa nicht, wie die nächste Regierungskoalition aussehen wird und ob diese nicht letztendlich eine Verlängerung oder



Ausweitung der Nutzung der Palantir-Software anstreben würde. Durch eine Zustimmung zur Nutzung von Gotham öffnet ihr jedoch genau dafür die Türen.

D. Die KI-Funktionen sind abgeschaltet

Auch wenn die Verwendung von KI-Funktionen im Vertrag des Innenministeriums bisher ausgeschlossen wurde, bleibt die Tür für einen zukünftigen Gebrauch solcher Funktionen noch weit geöffnet. Besonders im Blick darauf, dass nicht vorhergesehen werden kann, welche Parteien nach Ablauf des fünfjährigen Vertrags die Regierung bilden werden, ist es extrem besorgniserregend, mit diesem Gesetz eine Möglichkeit zur Verwendung von KI-Überwachungsfunktionen zu schaffen.

Aktuell wird häufig argumentiert, dass Gotham das mit Abstand beste Tool für unsere Polizei sei. Diese Argumentationslinie kann auch in den nächsten Jahren weiter bedient werden. Was passiert, wenn die KI-Funktionen von Gotham dann zum "besten und modernsten Tool" für unsere Polizei erhoben werden?

Nur wenn wir jetzt eine klare Haltung gegen die Änderung des Polizeigesetzes zeigen, können wir langfristig den Einsatz von KI-gestützter Überwachungssoftware verhindern. Wir müssen hier deutlich machen, dass Trainingsdaten für KI-Modelle nicht wahrheitsgetreu die Realität abbilden, sondern stets auf Inhalten unserer Gesellschaft beruhen, welche nicht frei von Rassismus oder Diskriminierung sind. Menschen, die bereits verstärkt von Diskriminierung betroffen sind (z.B. Menschen mit psychischer Erkrankung oder Migrationserfahrung), würden ansonsten unverhältnismäßig häufig in der Analysefunktion von KI-gestützter Polizeisoftware aufgegriffen werden.

4. Ist Gotham wirklich alternativlos?

Die Kernfunktionalität von Gotham ist die KI-gestützte Analysefunktion, die "mit einem Klick" sämtliche Datenquellen in Sekunden zu analysieren vermag. Sollte diese Funktion tatsächlich abgeschaltet sein, so stellt sich die Frage, wo der konkrete Mehrwert von Gotham gegenüber ähnlichen Programmen liegen soll und wieso die intransparenten Anforderungen der Polizei nur durch das Programm Gotham erfüllt werden können, während deutsche Alternativen wie etwa 'Bardioc' von Almato scheinbar den Anforderungen nicht genügten. Es muss auch hinterfragt werden, wieso in der Vergangenheit keine Eigenentwicklung der Polizei für ein Programm zur Datenzusammenfassung und -analyse erreicht wurde.



5. Umfangreiche Überwachungssoftware ist im Kern antidemokratisch

Gotham ist dafür entwickelt worden, so viele Datenquellen wie möglich integrieren zu können. Je mehr Daten eingespeist werden, desto erfolgreicher soll die Software funktionieren. Aus diesem Grundprinzip heraus wird in der Polizeiarbeit immer ein Antrieb bestehen, weitere Datenquellen in die Analyse zu integrieren, um die Funktionsfähigkeit des Programms zusätzlich zu erhöhen. Dieser Antrieb wirkt den demokratischen Grundwerten der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen entgegen. Eine erhöhte Trefferquote der Software wird nur mit mehr Überwachung - vor allem einer Steigerung pauschaler Überwachung - erreicht werden können. Eine solche vollumfängliche Überwachungssoftware kann in ihrem Kern darum nur antidemokratisch sein.

Unter Berücksichtigung der nach der DSGVO geforderten Zweckgebundenheit von erhobenen Daten - nach der Daten nur für einen vorher eindeutig festgelegten Zweck erhoben werden dürfen -, erscheint auch die Zusammenführung von zu unterschiedlichen Zwecken erhobenen Daten durch Palantir fragwürdig. Nicht umsonst erklärte das Bundesverfassungsgericht die Verwendung von ähnlicher Datenanalysesoftware durch die Polizei in Hessen und Hamburg für verfassungswidrig (3). Auch in Bayern und NRW läuft gegen die Verwendung von Gotham bereits eine Verfassungsbeschwerde (4).

Eure Zustimmung zur Änderung des Polizeigesetzes und der damit legitimierten Verwendung von Palantir stellt also eine rechtlich hoch bedenkliche Gesetzesänderung dar.

6. Der unabdingbare Einfluss von Peter Thiel

Auf den ersten Blick besitzt Peter Thiel zwar nur noch wenige Anteile am Unternehmen Palantir, er bleibt aber weiterhin dessen größter Privatanteilshalter und ist nach wie vor in der Funktion des Vorsitzenden des Verwaltungsrats tätig. Sein Anteil war in der Vergangenheit nur deshalb gesunken, da große Investmentfirmen wie etwa Blackrock auf das rapide Wachstum des Unternehmens - insbesondere unter der Trump-Regierung - setzten. Als Mitbegründer von Palantir und durch seine aktuellen Funktionen bleibt Peter Thiel also wirtschaftlich und strategisch eine zentrale Figur des Unternehmens.

Thiel verfügt zudem nicht nur über enge Beziehungen zu US-Präsident Donald Trump, er ist auch selbst bekennender Gegner der Demokratie ("Ich glaube nicht mehr, dass Demokratie und Freiheit vereinbar sind" (5)).



Das Land Baden-Württemberg begibt sich durch den Vertrag mit Palantir somit nicht nur in Abhängigkeit eines US-Konzerns, sondern auch in die Abhängigkeit eines Mannes, der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt.

7. Deutschland ist so sicher wie noch nie

In Deutschland besteht seit Jahren eine starke Diskrepanz zwischen dem gesellschaftlichen Sicherheitsgefühl und der tatsächlichen Sicherheit, wie sie durch Kriminalstatistiken nachgewiesen werden kann. Auf Grundlage dieser Diskrepanz habt ihr euch als Landtagsfraktion im September 2024 überhaupt erst zum Abschluss des sogenannten Sicherheitspaketes drängen lassen. Damit habt ihr nicht nur der gefühlten Unsicherheit weitere Bestätigung verliehen, sondern auch den Sicherheits-Diskurs anteilhaft mit verschoben. Dieses sogenannte Sicherheitspaket stellte nun die Entscheidungsgrundlage dar, auf der das CDU-geführte Innenministerium Gotham mit seinen Haushaltsmitteln beschaffen konnte. Ihr habt nur jetzt die Möglichkeit, mit eurer Ablehnung zur Änderung des Polizeigesetzes diese Diskursverschiebung zu unterbinden und das Gefühl von Sicherheit wieder näher an die Realität zu rücken.

Blickt man nämlich auf die aktuellen Kriminalstatistiken in Deutschland und Baden-Württemberg, so zeigen diese einen deutlichen Rückgang fast aller Straftatbestände. Zahlen des Bundeskriminalamtes bestätigen in der Gesamtheit, dass im Vergleich zu ca. 6,6 Millionen im Jahr 2003 in Deutschland erfassten Straftaten (6), im Jahr 2024 nur noch 5,8 Millionen Erfassungen anfallen (7). Auch der aktuelle Sicherheitsbericht aus Baden-Württemberg von 2024 verzeichnet einen Rückgang von 594.657 dokumentierten Straftaten im Jahr 2023 hin zu 553.579 Fälle im Jahr 2024 (8). Selbst der Innenminister Thomas Strobl (CDU) spricht in einem Statement deshalb von einer "niedrigen Kriminalbelastung" in Baden-Württemberg und einer gleichzeitig "hohen Aufklärungsquote von über 60 %" (9).

Wodurch rechtfertigt sich also ein neues Sicherheitspaket, das eine umfassende Überwachungssoftware beinhaltet?

Von der CDU wird die Sorge der Menschen um ihre Sicherheit und das Gefühl, in unsicheren Zeiten zu leben, schlicht instrumentalisiert. Zugleich stellt sie sich selbst als diejenige Partei dar, welche die sofortige Lösung des aufgebauschten Sicherheitsproblems bieten kann. Nicht zuletzt mit der Debatte um Grenzschießungen weist die CDU eine eigentlich vulnerable und selbst hilfsbedürftige Gruppe als Schuldige für die aktuell "unsichere" Lage aus und bietet damit nicht mehr als eine schnelle, einfache, schlicht populistische Lösung für ein komplexes Problem. Mit dieser Begründung plant die CDU nun unter anderem das



Strafrecht zu verschärfen und mithilfe flächendeckender Überwachung durch Videokameras und Speicherung von IP-Adressen sowie einer besseren Ausrüstung von Sicherheitskräften mehr Sicherheit in Deutschland zu erreichen.

Unserer Meinung nach kann mehr Überwachung jedoch nicht die unmittelbare Lösung sein, um zielgerichtet für mehr Sicherheit in Deutschland zu sorgen.

Zunächst einmal sollten vorhandene und allseits bekannte Missstände behoben werden, etwa im Hinblick auf die Sanierung bestehender Polizeigebäude. Allein zum Beispiel in Niedersachsen werden dafür Kosten in Höhe von 353 Mio. € für sanierungsbedürftige Gebäude erwartet (10). Auch bei der Ausrüstung von Polizist:innen sollten zunächst die dortig bekannten Mängel behoben werden.

Baden-Württembergs Innenstaatssekretär Thomas Blenke gab zuletzt etwa zu, dass Beamt:innen in einigen Fällen eigene Mittel aufwenden mussten, um ihre Ausrüstung entsprechend den Anforderungen Instand zu halten und so ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten (11). Augenscheinlich kann die zur Verfügung gestellte Ausrüstung der Polizist:innen in diesen Fällen nicht ausreichend sein. Ein erster Schritt besteht darum in der Sicherstellung hinreichender Ausrüstung mit angemessener Qualität.

Der Einsatz von Palantir kann hingegen nicht das richtige Mittel sein, um die Sicherheit in Deutschland auch tatsächlich zu verbessern.

8. Bricht durch die Ablehnung die Koalition?

Die CDU mag als Erpressungsgrundlage das Argument nutzen, dass, falls ihr der Änderung des Polizeigesetzes nicht zustimmen solltet, die Koalition aus ihrer Sicht nicht weiter bestehen könne.

An dieser Stelle ist von euch eine klare Haltung gefragt. Der entscheidende Punkt muss sein, dass das CDU-geführte Innenministerium ohne weitere Abstimmung mit dem Parlament oder der Landesregierung und trotz der bekannten Debattenlage zu Palantir einen Vertrag über 25 Millionen Euro ohne Ausstiegsklausel mit diesem Unternehmen unterschrieben hat. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Entscheidung mutwillig getroffen wurde, in der weissen Voraussicht, dass das Staatsministerium auch in dieser Frage den Konflikt scheuen und lieber überdecken würde. Als Fraktion seid ihr diejenigen, die sich über dieses Vorgehen am meisten ärgern sollten. Daran kann auch der Deal über die Nationalparkserweiterung nichts ändern, die zwar im Grunde zu begrüßen ist, aber nicht im Verhältnis zum möglichen Schaden durch eine Einführung von Palantir steht.



Wollt ihr euch so leicht stummschalten lassen?

9. Die Folgen für die nächste Landtagswahl

Sollten wir der Änderung des Polizeigesetzes zustimmen, so würden dadurch alle anderen Parteien an Zustimmung gewinnen, nicht aber unsere eigene Partei. Sowohl die CDU als auch die AfD würden davon profitieren, dass die gefühlte Unsicherheit in Deutschland erneut parlamentarisch anerkannt und bestätigt würde.

Die SPD, die Linke und sogar die FDP würden hingegen den Punkt starkmachen, dass wir als Grüne bei einer Einschränkung individueller Freiheitsrechte mitgehen, während es genau diese Rechte sind, die wir als Grüne im Grundsatz immer hochhalten.

Wir haben nun die Chance, uns im kommenden Landtagswahlkampf als klarer Gegenpol einer Bewegung autoritäreren Staatshandelns und klarer Gegner jeglichen Einflusses von Donald Trump in Deutschland zu positionieren, doch mit der Änderung des Polizeigesetzes werden wir allenfalls - wie bereits zur letzten Bundestagswahl - als haltungslos wahrgenommen werden.

Fazit: Ihr habt es in der Hand

Was die CDU als Notwendigkeit für die Sicherheit der Bevölkerung verkauft, ist in Wirklichkeit eine Gefahr für den Datenschutz, die Freiheit und die Sicherheit in Baden-Württemberg und Deutschland.

Es ist jetzt Aufgabe der Grünen, sich als die Partei zu behaupten, welche sich nicht von ihrem kleineren Koalitionspartner erpressen lässt, sondern wirklich für die Sicherheit der Menschen einsteht. Der einzige Weg, dieser Verantwortung nachzukommen, besteht darin, eine Rechtsgrundlage für Palantir zu verhindern.

Wir als Grüne Jugenden aus ganz Baden-Württemberg fordern deshalb alle Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion auf, der Änderung des Polizeigesetzes nicht zuzustimmen und so für echte Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.

Für Rückfragen sind wir natürlich offen und freuen uns, mit euch ins Gespräch zu gehen!



Eure

Grüne Jugend Freiburg

Grüne Jugend Stuttgart

Grüne Jugend Heidelberg

Grüne Jugend Mannheim

Grüne Jugend Tübingen

Grüne Jugend Bodensee

Grüne Jugend Rastatt/ Baden-Baden

Grüne Jugend Emmendingen

Grüne Jugend Schwarzwald-Baar

Grüne Jugend Heidenheim

Grüne Jugend Ludwigsburg

Grüne Jugend Karlsruhe

Grüne Jugend Böblingen

Grüne Jugend Reutlingen

Grüne Jugend Hohenlohe

Grüne Jugend Ostalb

Grüne Jugend Ulm

Grüne Jugend Rems-Murr

Landesvorstand Grüne Jugend Baden-Württemberg



Hintergründe

Was ist passiert?

Das von der CDU geführte Innenministerium in Baden-Württemberg hat ohne klare Absprache mit der Grünen Fraktion als deren Koalitionspartner für eine Summe von 25 Millionen Euro einen Vertrag mit dem Unternehmen Palantir geschlossen, um der Polizei BaWü die Nutzung des Programms 'Gotham' zu ermöglichen. Dieses Programm kann dazu verwendet werden, eine große Menge an Daten, die aus unterschiedlichen Zusammenhängen in vielfältigen Bereichen erhoben wurden, zusammenzuführen, zu analysieren und daraus Schlüsse über potentielle Straftaten zu ziehen, welche dann unterbunden werden sollen.

Für die Verwendung dieses Programms fehlt derzeit jedoch jede Rechtsgrundlage. Es ist erst eine Änderung des Polizeigesetzes durch den Landtag notwendig. Eine solche Änderung und damit die Einführung von Gotham wäre aus den genannten Gründen allerdings hoch problematisch.

Wer ist Peter Thiel?

Peter Thiel ist ein Tech-Milliardär, Unternehmer und einer der einflussreichsten Akteure der Neuen Rechten in den USA. Er gründete vor Jahren Palantir gemeinsam mit Alex Karp, dem aktuellen CEO des Unternehmens, sitzt nach wie vor dem Verwaltungsrat vor und ist der größte private Anteilseigner der Firma – er stellt damit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch eine zentrale Figur im Unternehmen dar.

Thiel verfolgt bekanntermaßen ein autoritär-libertäres Weltbild. Er versteht Demokratie und persönliche Freiheit als miteinander unvereinbar und sieht globale Institutionen, wie die UNO oder NATO, als "Antichristen" (11). Seine politischen Überzeugungen sind unter anderem durch den politischen Philosophen Carl Schmitt geprägt – einem zentralen Juristen und Staatstheoretiker des Nationalsozialismus.

Von dieser Ideologie ist auch sein politisches Engagement stark geprägt. Thiel gilt als enger Unterstützer von Donald Trump. Bereits 2016 förderte er Trump mit öffentlichen Auftritten und großzügigen Wahlkampfspenden. Nach dessen Wahlsieg war Thiel Teil des Übergangsteams zur Bildung der neuen Regierung. Auch Vizepräsident J.D. Vance verdankt seine politische Karriere maßgeblich Thiels Unterstützung.

Mit Elon Musk, der wohl wichtigsten Figur der Neuen Rechten im Silicon Valley, verbindet Thiel ebenfalls eine langjährige Beziehung, die auf deren gemeinsame Gründung von PayPal zurückgeht.



Quellen:

- (1) z.B.: <https://story.ndr.de/missbrauch-ohne-ende/index.html> oder <https://xn--tattata-p2a.fail/>
- (2) <https://taz.de/Microsoft-gegen-Cloud-Act/!5536892/> oder <https://www.heise.de/news/Studie-US-Behoerden-koennen-umfangreich-auf-Cloud-Daten-zugreifen-1763750.html>
- (3) <https://www.lidi.nrw.de/urteilt-gegen-automatisierte-datenanalyse-hessen-und-hamburg#:~:text=Urteil%20gegen%20automatisierte%20Datenanalyse%20in,1%20BvR%202634%2F20>
- (4) <https://freiheitsrechte.org/themen/freiheit-im-digitalen/palantir-bayern>
- (5) <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/>
- (6) <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pksJahrbuecherBis2011/pks2003.html>
- (7) https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024_node.html
- (8) <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/weiterhin-gutes-sicherheitsniveau-in-angespannten-zeiten-1>
- (9) s. Quelle 8
- (10) <https://www.dieniedersachsen.de/sonstiges/350-millionen-euro-sanierungsbedarf-bei-der-polizei-2938408>
- (11) <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.bedarf-bei-der-polizei-polizisten-kaufen-ihre-ausruestung-teilweise-selbst.c1a507bb-3c7e-4e0d-b369-a4d15fe449e8.html>
- (12) <https://www.zeit.de/kultur/2025-07/peter-thiel-paypal-palantir-unternehmen-tech-milliardaer/seite-2>